

Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie Allensbach

## **Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs „Die Berliner Republik“**

Die Allensbacher Jahrbücher haben eine jahrzehntelange Tradition. 1947 wurde das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE in Allensbach am Bodensee von Elisabeth Noelle und Erich-Peter Neumann gegründet. Bereits 1955 erschien das erste Jahrbuch; es ist heute ein ungemein eindrucksvolles historisches Dokument, in dem der Ausnahmezustand der Jahre zwischen 1947 und 1955 wieder aufersteht, als die Kriegsfolgen noch allgegenwärtig waren.

Die nächsten Jahrbücher zeigen die allmähliche Normalisierung, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und wachsenden Wohlstand und im Gefolge das allmählich wachsende Zutrauen in ein freies Wirtschaftssystem, dem die Bevölkerung ursprünglich sehr skeptisch gegenüberstand.

Das sechste Allensbacher Jahrbuch dokumentiert die historische Phase, die Westdeutschland besonders tiefgreifend verändert hat, die Zeit zwischen 1968 und 1973. Diese Jahre habe ich persönlich nicht in Deutschland erlebt, sondern in Indien. Als wir 1972 nach Deutschland zurückkehrten, hatten wir das Empfinden, ein anderes Land anzutreffen als das Deutschland, das wir 1968 verlassen hatten, und vermuteten damals, dass wir uns durch das Leben in einem ganz anderen Kulturkreis verändert hatten. Erst Jahre später, als ich mit den Allensbacher Jahrbüchern und den ganzen Zeitreihen des Allensbacher Archivs konfrontiert war, habe ich begriffen, dass es wirklich ein anderes Land geworden war – durch einen tiefgreifenden Wertewandel, der Autoritäten,

Institutionen und Normen in Frage stellte und individuelle Entfaltungsspielräume und Emanzipation höher bewertete.

Besonders aufregend ist natürlich die Lektüre des ersten gesamtdeutschen Jahrbuchs, das 1992 erschien und die starke emotionale Ergriffenheit der Bevölkerung durch den Fall der Mauer und durch die Wiedergewinnung der deutschen Einheit zeigt, wie die anfänglichen Orientierungsprobleme und Verunsicherung weiter Teile der ostdeutschen Bevölkerung und die Nachwirkungen der jahrzehntelangen unterschiedlichen historischen Prägungen in beiden Teilen Deutschlands.

Das neue, das zwölfte Allensbacher Jahrbuch, das der Gründerin des Instituts Elisabeth Noelle gewidmet ist, umspannt den größten Teil des letzten Jahrzehnts, die Jahre 2003 bis 2009 – eine Phase, die politisch wie wirtschaftlich teilweise dramatisch verlief. In diese Jahre fallen die lange Phase der ökonomischen Wachstumsschwäche, der folgende dynamische Aufschwung und die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die das Land wie die ganze Welt seit Herbst 2008 in Atem hält. Auch politisch ist es eine Phase des Wandels, in der zweimal die Regierung wechselte, von der rot-grünen Regierung zur großen Koalition, von der großen Koalition zu der schwarz-gelben Koalition. Doch nicht nur die Couleur der Regierung wechselte. Erstmals wurde in dieser Zeit eine Frau und Ostdeutsche Kanzlerin – ein Ereignis, das noch am Beginn des vergangenen Jahrzehnts kaum jemand vorhergesehen oder auch nur für möglich gehalten hat.

In diese sechs Jahre fallen auch intensive Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaates in einer rasch alternden Gesellschaft, die Veränderung des Rentenalters, mehrere Gesundheitsreformen und nicht zuletzt die Einführung von Hartz IV, über das zurzeit wieder so vehement gestritten wird. Die Daten des Jahrbuchs zeigen die tiefe Skepsis in Bezug auf die mittel- und langfristige Leistungsfähigkeit des Sozialstaates, die diese Debatten und Beschlüsse im Bewusstsein der Bevölkerung genährt haben.

Aber was macht nun die Bewusstseinslage der Berliner Republik aus, was unterscheidet sie von den 90er Jahren und früheren Jahrzehnten? Natürlich ist es völlig unmöglich, in einer knappen halben Stunde ein befriedigendes Resümee von mehr als 800 Seiten Umfragedaten aus sechs Jahren zu ziehen. Aber ich will den Versuch unternehmen, die wichtigsten Merkmale und Veränderungen des Weltbildes und Selbstverständnisses der Bevölkerung zu benennen:

Da ist als erstes die Bedeutung Berlins als unangefochtener politischer Mittelpunkt des Landes. Die Hauptstadt-Entscheidung war ja keineswegs unumstritten. Noch Ende der 90er Jahre zweifelte die Mehrheit der Bevölkerung, ob es sinnvoll war, Berlin endgültig zum Regierungssitz zu machen. Nur die ostdeutsche Bevölkerung hielt dies für die naheliegende und richtige Entscheidung, während die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung lange skeptisch blieb. Heute kann sich auch die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen gar nicht mehr vorstellen, dass es zu Berlin eine ernsthafte Alternative gab. Berlin ist im letzten Jahrzehnt zur anerkannten Hauptstadt geworden und wird von der überwältigenden Mehrheit auch als faszinierende Metropole mit Strahlkraft empfunden.

Die Berliner Republik gewinnt in den Augen der Bevölkerung immer mehr an Konturen, ihre Wahrnehmung verändert sich von innen wie außen. Anfangs nur blass konturiert, wurde die Berliner Republik von der Bevölkerung in den letzten Jahren immer mehr mit Macht und internationalem Einfluss assoziiert. Es verändern sich jedoch auch die Wahrnehmung der Bedeutung der Kapitale im Verhältnis zu der Länderebene und die Grundhaltung der Bevölkerung zum Föderalismus. Die deutsche Geschichte ist weit überwiegend von Partikularismus, von Kleinstaaterei geprägt, ganz anders als beispielsweise die französische oder englische Geschichte. Allmählich erodiert jedoch die Bindekraft des Föderalismus; die Wahrnehmung des politischen Gefüges wird zentralistischer, das Gewicht der Länder im Bewusstsein der Bevölkerung geringer. Weniger als früher ist die Bevölkerung heute überzeugt, dass ihr

das föderale System Vorteile bringt. Das Interesse an Landespolitik ist gesunken. Die große Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, möglichst vieles in Deutschland einheitlich zu regeln; dies gilt für den Bereich der Bildungspolitik wie für Entscheidungen über die Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung und Organisation der Polizei oder auch das Thema Sozialhilfe. Selbst die Bürger von Bayern und Baden-Württemberg, die überzeugt sind, im Ländervergleich besonders gut abzuschneiden, und die sich am ehesten als Profiteure des Föderalismus sehen, plädieren weit überwiegend für möglichst viele einheitliche Regelungen.

Ein weiteres prägendes Merkmal dieser Republik ist das Nachwirken ganz unterschiedlicher historischer Erfahrungen in Ost und West. Keinem anderen Ereignis misst die Bevölkerung im Blick auf die letzten sechs Jahrzehnte eine vergleichbare Bedeutung zu wie der Teilung und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Für nahezu neunzig Prozent der deutschen Bevölkerung sind der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung das prägende Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte, für die überwältigende Mehrheit auch der Mauerbau 1961. Es gibt nur ein einziges weiteres historisches Ereignis, das sowohl von der Mehrheit der Westdeutschen wie der Ostdeutschen als besonders tiefer Einschnitt empfunden wird: die Aufgabe der nationalen Währungssouveränität, die Einführung des Euro.

Der Rückblick auf die Jahrzehnte der Teilung spiegelt jedoch die ganz unterschiedlichen historischen Erfahrungen. Die Währungsreform und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft sind in der kollektiven Erinnerung der Westdeutschen als tiefe Einschnitte verankert wie auch die Herausforderung des Staates durch den Terror der RAF, die 68er Bewegung und die Ölkrisen – Ereignisse, die der ostdeutschen Bevölkerung nur wenig sagen. Sie wiederum misst den Montagsdemonstrationen im Vorfeld der Wiedervereinigung weitaus größere Bedeutung zu als die westdeutsche Bevölkerung wie auch der Verstaatlichung von Betrieben in der Anfangszeit der DDR.

Während sich die Lebensverhältnisse in Ost und West teilweise angeglichen haben, zeigen viele Daten des Allensbacher Jahrbuchs Nachwirkungen der jahrzehntelangen Trennung: Obwohl die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung keinen Zweifel lässt, dass sie es für richtig hält, dass die politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik auch die des wiedervereinigten Deutschlands wurde, hat sie bis heute weitaus weniger als die westdeutsche das Empfinden, dass dies auch ihr Staat, ihr Ordnungssystem ist. Die große Mehrheit der Westdeutschen empfindet sich in erster Linie als Deutsche, die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung in erster Linie als Ostdeutsche. Die Identifikation mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung und das Vertrauen in das Rechtssystem sind in den neuen Ländern schwächer ausgeprägt, ohne dass jedoch ein anderer Gesellschaftsentwurf befürwortet würde. Auch das Freiheitsstreben ist bis heute in den neuen Bundesländern in einigen Bereichen weniger ausgreifend, so die Wertschätzung von Informationsfreiheit und politischen Alternativen. Unterschiedliche historische Erfahrungen prägen Menschen und wirken über Generationen.

Mit der Auflösung der Systemkonkurrenz von Sozialismus und freiheitlicher Demokratie hat sich auch die Neigung zu weltanschaulichen Debatten deutlich vermindert. Die deutsche Bevölkerung, die im internationalen Vergleich häufig durch eine besondere Begabung auffällt, aus Sachfragen Weltanschauungsdebatten zu machen, hat heute deutlich weniger Freude an ideologischen Auseinandersetzungen und an Grundsatzdebatten als früher. Das gesellschaftliche Klima ist heute pragmatisch und nüchtern.

Vor zwanzig Jahren wurden im Zuge der Wiederherstellung der Einheit und später auch bei den Diskussionen über den Regierungssitz in Deutschland wie im Ausland Sorgen laut, das wiedervereinigte Deutschland, die Berliner Republik werde wieder anfällig sein für Hybris und Dominanzstreben. Die mentale Verfassung dieser Republik ist jedoch eine völlig andere. Sie ist gekennzeichnet von einem gelassenen

Selbstbewusstsein ohne Hybris. Die große Mehrheit der Bevölkerung blickt voller Stolz auf die Bilanz der letzten Jahrzehnte. Annähernd achtzig Prozent der gesamten Bevölkerung bewerten die Bundesrepublik ohne Abstriche als eindrucksvolle Erfolgsgeschichte, ökonomisch wie politisch. Die Mehrheit ist überzeugt, dass Deutschland heute großen internationalen Einfluss hat und durchaus auch Selbstbewusstsein nach außen demonstriert.

Aber – und das halte ich für ein ganz wesentliches Merkmal des heutigen nationalen Selbstbewusstseins – die große Mehrheit sieht Deutschland als ein Land, das seinen Einfluss vor allem geltend macht, um gemeinsame Interessen voranzubringen, sei es für die Zukunft Europas, sei es zugunsten der Eindämmung von Krisen, für wirtschaftliche Stabilität und Umweltschutz. Zwei Drittel der Bürger sehen Deutschland heute in einer Vermittlerrolle, knapp zwei Drittel als Motor der europäischen Entwicklung. Zwar ist das Land heute von jeglicher Europa-Euphorie weit entfernt – genauso wie auch die meisten anderen europäischen Länder. Die Zeiten, in denen Europa und auch eine gemeinsame europäische Währung als Verheißung empfunden wurden, liegen Jahrzehnte zurück. Aber die Bevölkerung denkt die Zukunft des Landes schon lange nicht mehr isoliert national, sondern im europäischen Verbund und in internationalen Bündnissen. Diese nüchterne Akzeptanz ist eine solide Basis, allerdings nicht unzerstörbar, falls europäische Entwicklungen der Bevölkerung zunehmend als Risikofaktor erscheinen sollten.

In dem Selbstbild der deutschen Bevölkerung spielen auch Weltoffenheit und Toleranz eine große Rolle. Das Land wird immer stärker von Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund geprägt, die heute knapp ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, in der jungen Generation annähernd 30 Prozent. Der Generationenvergleich zeigt auch, wie selbstverständlich heute für die Unter-30-Jährigen Kontakte und Freundschaften mit Gleichaltrigen aus Zuwandererfamilien sind, in den alten Bundesländern allerdings weitaus mehr als in den neuen Ländern.

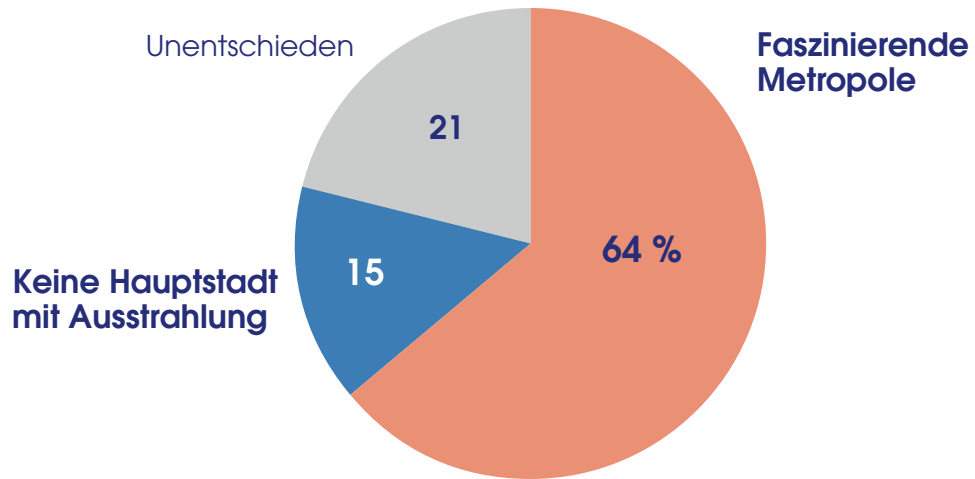
Das neue Jahrbuch dokumentiert auch zum ersten Mal Erfahrungen und Einstellungen der Bevölkerungskreise mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse zeigen den deutlich unterschiedlichen Integrationsgrad der verschiedenen Migrantengruppen, sie zeigen auch die teilweise stärkeren Bindungen an das Herkunftsland, aber auch die große Zufriedenheit mit der neuen Wahlheimat Deutschland.

Die konstruktive Rolle, die Deutschland seit Jahrzehnten international einnimmt, hat zusammen mit der ökonomischen Erfolgsbilanz bei der Mehrheit der Bürger die Überzeugung befestigt, dass Deutschland international Ansehen genießt und auch die Deutschen sechzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs in der Welt beliebt sind. Anfang der 90er Jahre, als die Wiederherstellung der deutschen Einheit bei manchen europäischen Nachbarn mit gewissen Beklemmungen verfolgt wurde, vermutete die Bevölkerung international eher Ressentiments als Sympathien für Deutschland und die Deutschen – ganz anders als heute.

Bei allen Erfolgen, bei allem Selbstbewusstsein ist der Blick der deutschen Gesellschaft auf die Zukunft heute von erheblicher Skepsis geprägt. Es ist die Bewusstseinslage einer Nation, die sich gerade vor dem Hintergrund der Erfolge der letzten Jahrzehnte fragt, ob sie nicht ihren Zenit erreicht hat. Auf Sicht von zehn Jahren erwarten die meisten eher einen sinkenden Wohlstand, Schnitte in das soziale Netz, zunehmende soziale Unterschiede und vermehrte Verteilungskonflikte. Ein Land, das fürchtet, seinen Zenit überschritten zu haben, setzt vor allem darauf, den Status quo in die Zukunft zu verlängern. Dies bedeutet ein schwieriges gesellschaftliches Umfeld für die notwendigen Anpassungsprozesse, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten allein schon durch die demografische Entwicklung erzwungen werden.

# Faszinierende Metropole

Frage: "Wie sehen Sie das: Ist Berlin eine faszinierende Metropole, von der wirklich Glanz ausgeht, oder ist Berlin keine Hauptstadt mit Ausstrahlung?"

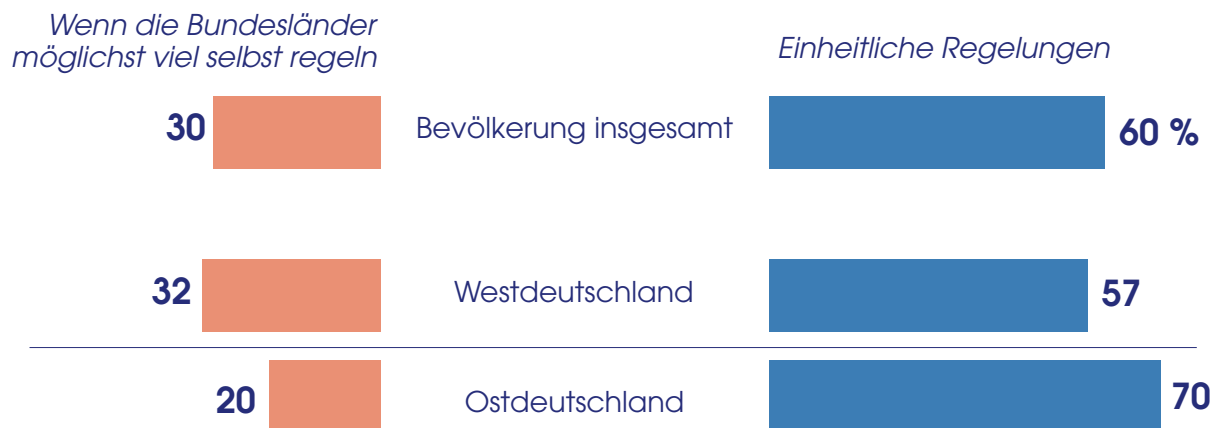


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009

© IfD-Allensbach

# Föderalismus und Zentralismus

Frage: "Wenn Sie einmal an die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern denken, was finden Sie da besser: wenn die einzelnen Bundesländer möglichst viele Dinge selber regeln können oder wenn die meisten Dinge in Deutschland einheitlich geregelt werden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2007

© IfD-Allensbach



# Möglichst einheitliche Regelungen

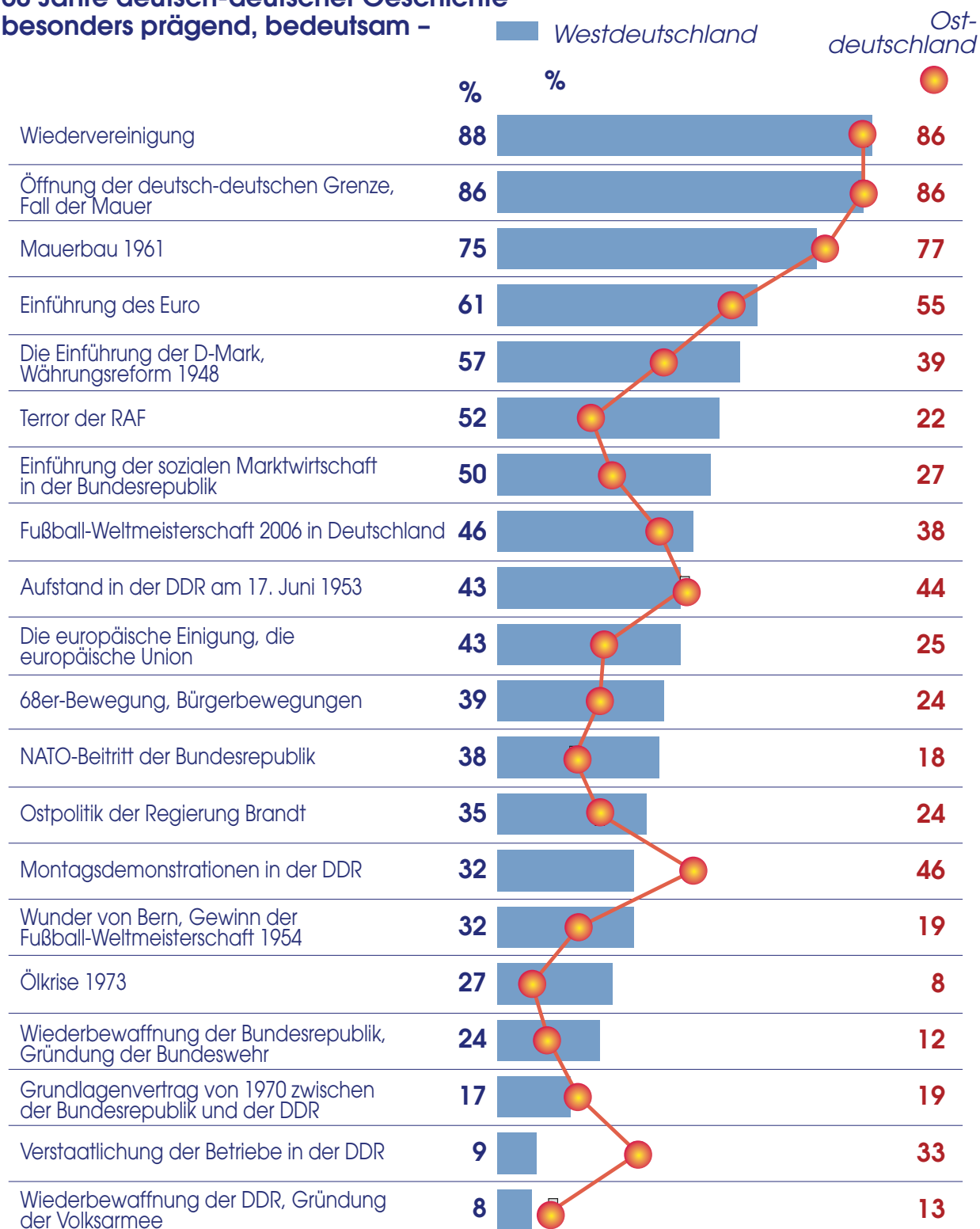
## Das sollte bundesweit einheitlich geregelt sein:

Festsetzung der Promillegrenze	92 %
Die Höhe der Steuern	90
Tempolimits auf Autobahnen	83
Regelung der Schulabschlüsse	83
Drogenpolitik	83
Entscheidung über Abschiebung von Ausländern, die bei uns Straftaten begangen haben	78
Zulassung und Kontrolle von Lebensmitteln	77
Ausstattung und Organisation der Polizei	74
Hochschulgesetze, Richtlinien für Universitäten	74
Die Höhe und die Bewilligung von Sozialhilfe	65
Ausbau des Schienenverkehrs	64
Kommunales Wahlrecht für Ausländer	58
Erhebung von Studiengebühren	57
Die Verwendung von Steuergeldern	54
Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren	52
Die Höhe von öffentlichen Gebühren und Abgaben	49

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfrage

# Prägende Ereignisse

Diese Ereignisse waren für die letzten 60 Jahre deutsch-deutscher Geschichte besonders prägend, bedeutsam -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009

# Unterschiedliches Identitätsgefühl

Frage in Westdeutschland: "Fühlen Sie sich im Allgemeinen eher als Deutsche(r) oder mehr als Westdeutsche(r)?"

Frage in Ostdeutschland: "Fühlen Sie sich im Allgemeinen eher als Deutsche(r) oder mehr als Ostdeutsche(r)?"

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1992 %	2000 %	2006 %	2009 %	1992 %	2000 %	2006 %	2009 %
Eher als Deutsche(r)	<b>57</b>	<b>70</b>	<b>71</b>	<b>69</b>	<b>31</b>	<b>41</b>	<b>54</b>	<b>42</b>
Eher als Westdeutsche(r)/ Ostdeutsche(r)	<b>34</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>63</b>	<b>53</b>	<b>35</b>	<b>53</b>
Unentschieden	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>5</b>
	100	100	100	100	100	100	100	100

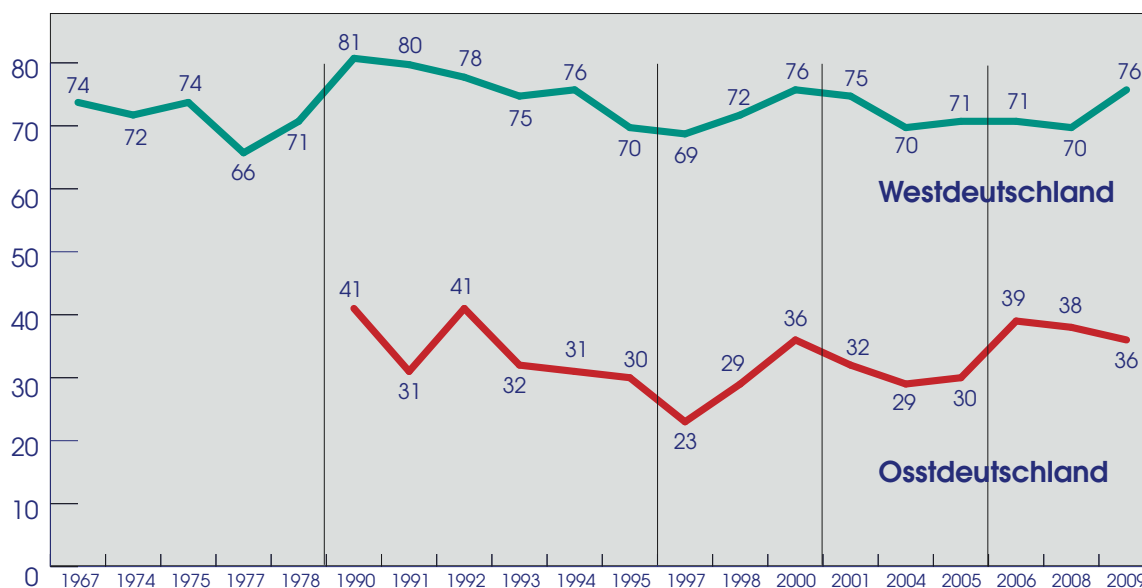
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfragen

© IfD-Allensbach

# Demokratieverankerung

Frage: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"

"Demokratie ist beste Staatsform"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfragen

© IfD-Allensbach

# Vertrauen in das Rechtssystem

Frage: "Würden Sie im Rückblick sagen, dass das deutsche Rechtssystem, so wie es sich über die letzten 60 Jahre entwickelt hat, gut funktioniert oder nicht gut funktioniert?"

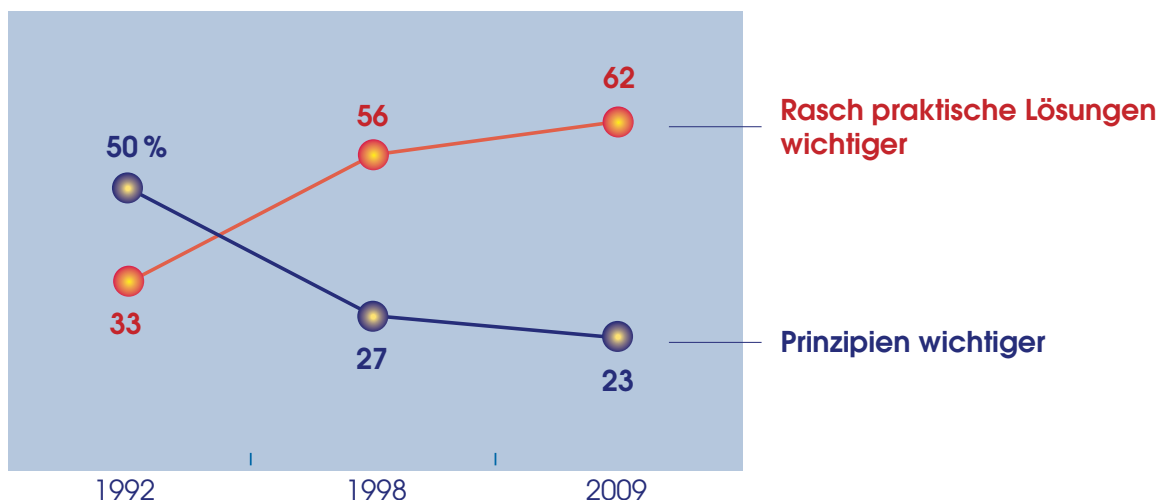
	Bevölkerung insgesamt %	West-deutschland %	Ost-deutschland %
Funktioniert gut	63	71	35
Funktioniert nicht gut	17	12	35
Unentschieden, keine Angabe	20	17	30
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009

© IfD-Allensbach

# Prinzipien versus Pragmatismus

Frage: "Wenn Politiker sich daranmachen, drängende Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen, **was ist für die Politiker Ihrer Ansicht nach dabei wichtiger**: dass sie ihren politischen Überzeugungen und Prinzipien treu bleiben, oder dass sie möglichst rasch praktische Lösungen finden, auch wenn sie dabei einmal von ihren Prinzipien abweichen?"



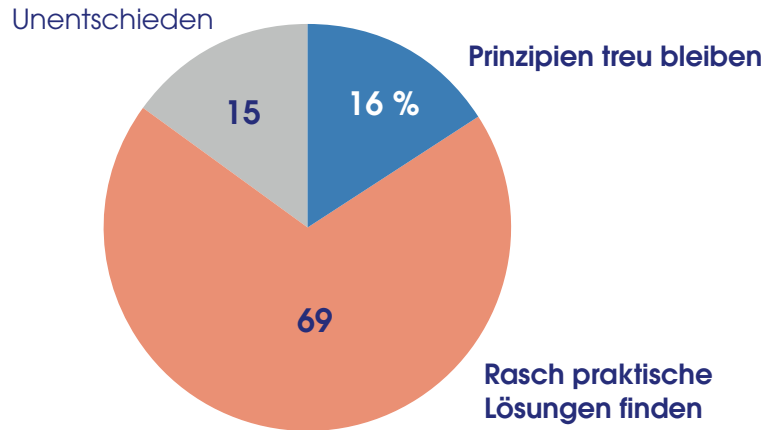
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfragen

© IfD-Allensbach

# Was ist einem selbst wichtiger: Prinzipientreue oder praktische Lösungen

Schaubild 9

Frage: "Wenn Politiker sich daranmachen, drängende Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen, **was ist Ihnen persönlich wichtiger**: dass die Politiker ihren politischen Überzeugungen und Prinzipien treu bleiben, oder dass sie möglichst rasch praktische Lösungen finden, auch wenn sie dabei einmal von ihren Prinzipien abweichen?"



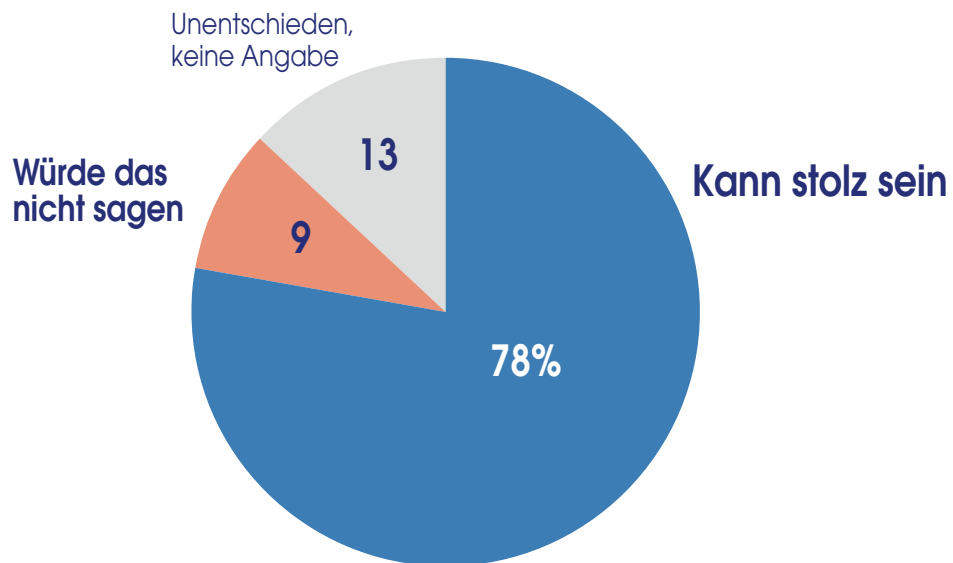
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfrage, 2010

© IfD-Allensbach

# Stolz auf die Nachkriegsentwicklung

Schaubild 10

Frage: "Kann man als Deutscher stolz darauf sein, wie sich Deutschland in den letzten 60 Jahren entwickelt hat, oder würden Sie das nicht sagen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfrage, 2009

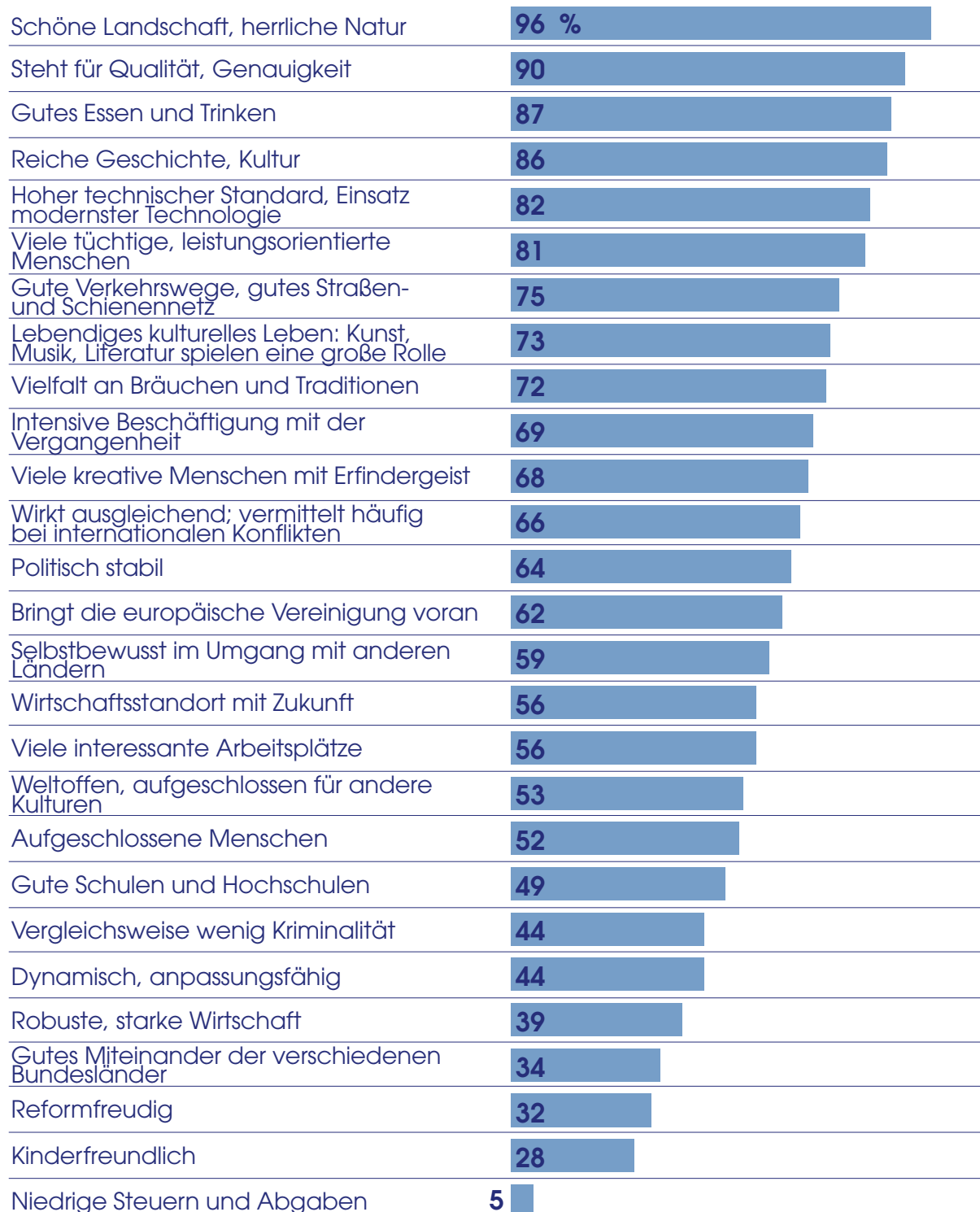
© IfD-Allensbach

# Selbstbewusstes Deutschlandbild

Schaubild 11

Trifft auf Deutschland zu –

Bevölkerung insgesamt



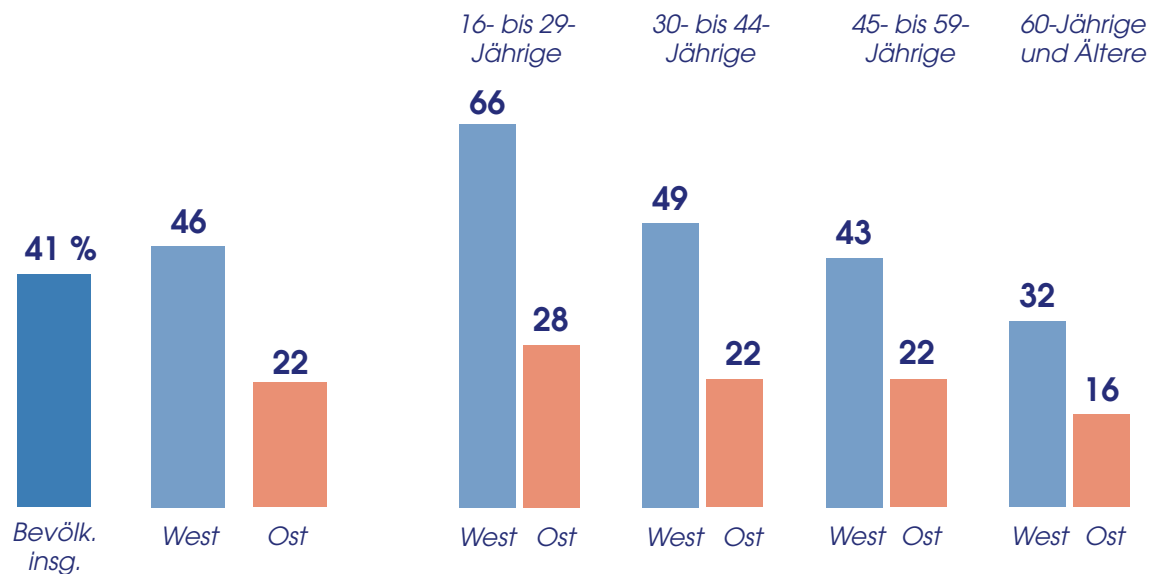
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009

© IfD-Allensbach

# Kontakte mit in Deutschland lebenden Zuwanderern

Frage: "Sind Sie mit Ausländern, die hier bei uns in Deutschland leben, befreundet oder zumindest gut bekannt, ich meine, dass Sie sich auch privat manchmal treffen?"

Es sind mit Ausländern gut bekannt, befreundet -

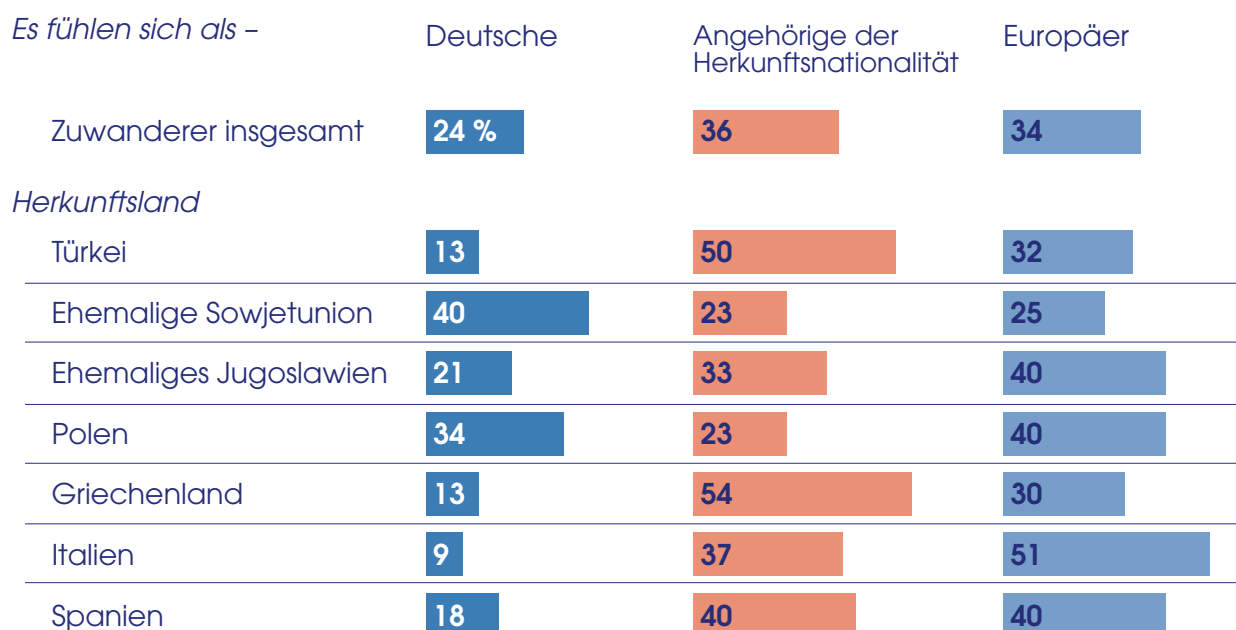


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2008

© IfD-Allensbach

# Identität(en)

Frage: "Fühlen Sie sich in erster Linie als Deutscher, als Angehöriger der Herkunftsnationalität, als Europäer, oder als was sonst?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Zuwanderer ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009

© IfD-Allensbach

# Neue Heimat Deutschland

Zuwanderer beschreiben  
ihr Leben in Deutschland –

– Auszug aus den Angaben –

Ich fühle mich wohl  
in Deutschland

69 %

Ich möchte, dass meine  
Kinder in Deutschland  
aufwachsen

58

Deutschland ist meine  
Heimat, meine Zukunft  
liegt hier

43

Ich werde früher oder  
später in mein Heimatland  
zurückgehen

21

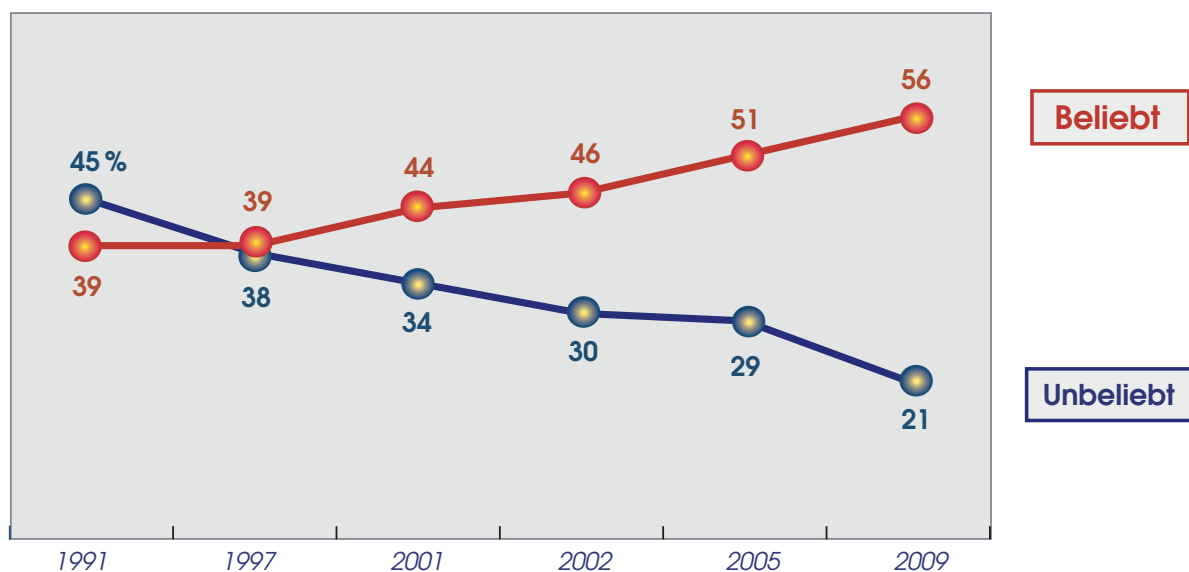
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Zuwanderer ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfrage, 2009

© IfD-Allensbach

# Beliebte Deutsche

Frage: "Glauben Sie, dass die Deutschen in der Welt beliebt oder unbeliebt sind?"

– Gesamtdeutschland –



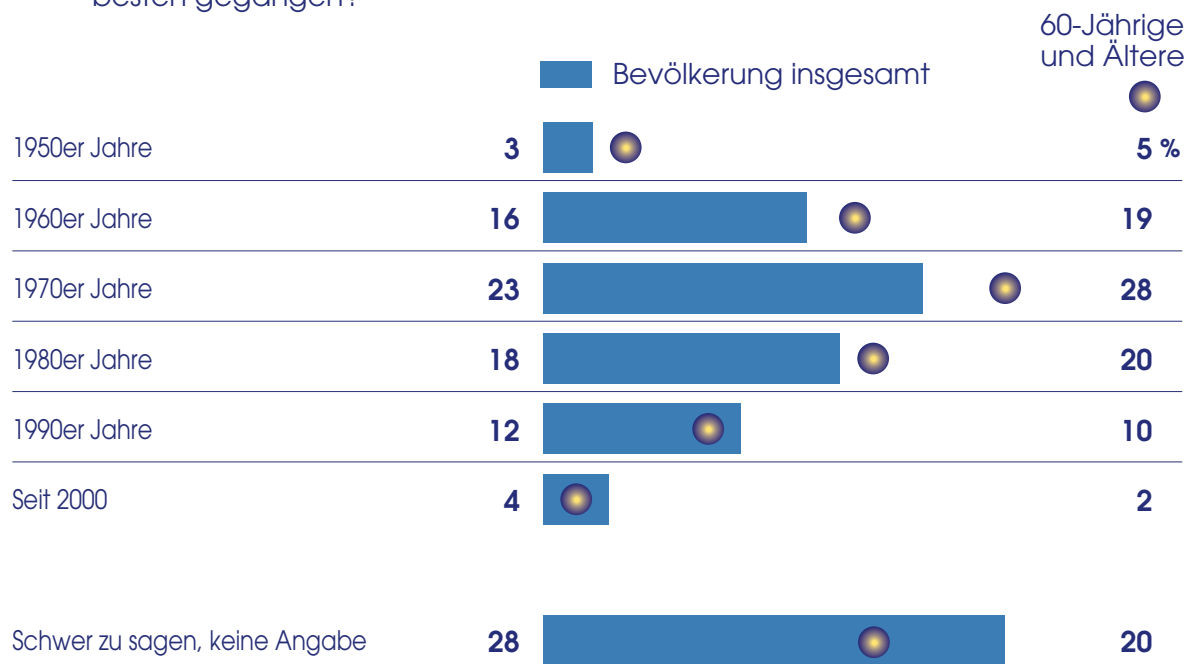
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: IfD-Umfragen

© IfD-Allensbach



# Zenit überschritten ?

Frage: "Wenn Sie jetzt einmal an die letzten 60 Jahre denken, was glauben Sie: Wann, in welchem Jahrzehnt ist es den Menschen in Deutschland am besten gegangen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: IfD-Umfrage, 2009